

CITIZEN

APPEL

Avec la Grèce, changer l'Europe

Ne pas voir la confrontation entre Syriza et le mainstream bruxellois comme une menace, mais comme une chance, c'est l'idée à la base de cet appel.

Citoyennes et citoyens d'horizons et d'engagements divers, nous saluons le choix du peuple grec de rompre avec les politiques d'austérité.

Les politiques d'austérité imposées par la Commission européenne, la Banque centrale européenne et le Fonds monétaire international (la

Troïka) à la Grèce ont échoué. L'aide de la Troïka a été conditionnée à des mesures d'austérité qui ont étranglé l'économie grecque et ont creusé encore davantage la dette publique, qui est aujourd'hui de 178 % du Produit intérieur brut.

Le PIB de la Grèce a baissé de 25 % entre 2010 et 2014 et le salaire minimum de 20 %. Le taux de chômage est de 26 %. La santé publique s'est dégradée et la mortalité infantile a augmenté. Dans cette situation de crise aigüe, les exigences du nouveau

gouvernement grec, doté d'un mandat populaire sans équivoque, doivent être soutenues. Nous appuyons la demande d'une tenue d'une conférence internationale sur la dette. La dette grecque est insoutenable et ne peut de toute façon pas être remboursée. Une partie de la dette publique grecque doit être annulée et le reste rendu soutenable.

Nous appuyons également l'exigence d'une réorientation des politiques européennes vers un renforcement de l'investissement, une stimulation de la demande à travers un renforcement du pouvoir d'achat et la fin des politiques d'austérité. La volonté du nouveau gouvernement grec de lutter contre l'évasion fiscale doit elle aussi être soutenue.

Nous demandons au gouvernement luxembourgeois d'appuyer l'exigence d'un moratoire immédiat de la dette grecque et de soutenir au niveau

de l'Union européenne les démarches et propositions du gouvernement grec visant à mettre un terme aux politiques d'austérité, qui ont mené au démantèlement social et à l'augmentation du chômage et de la pauvreté.

L'élection du nouveau gouvernement en Grèce représente la chance d'une nouvelle orientation politique en Europe, saisissons-la !

Appel signé par de nombreuses personnalités progressistes luxembourgeoises (dont plusieurs woxxi-e-s), disponible en français et en allemand sous : <https://luxsyriza.wordpress.com/>

GEGEN KOHLE, ÖL, GAS UND ATOM

Divest Lëtzebuerg!

Votum Klima / woxx

Wer aus den fossilen Energien aussteigen will, muss auch aus ihrer Finanzierung aussteigen, so lautet die Botschaft der internationalen Divest-Kampagne.

Anlässlich der Sitzung des Regierungsrates am Mittwochmorgen demonstrierten Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten auf der Place Clairefontaine gegen öffentliche Investitionen in fossile Energien und die Atomenergie sowie für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Zu der Demonstration hatten die in der Plattform Votum Klima zusammengeschlossenen 26 luxemburgischen NGOs aufgerufen.

Die Regierungsmitglieder, unter ihnen Staatsminister Xavier Bettel und der für den Fonds de Compensation des Pensionsregimes zuständige Ressortminister Romain Schneider, wurden mit schwarzen Riesenluftballons, Symbol für die „Kohlenstoffblase“, sowie einer Vielzahl von Divest-Lëtzebuerg-Plakaten empfangen. Unterstützung erhielt Votum Klima durch die luxemburgische Transition-Bewegung. Die Aktion war Teil einer weltweiten „Divestment“-Kampagne.

Votum Klima machte mit der Aktion darauf aufmerksam, dass der luxemburgische Pensionsfonds (Fonds de Compensation, FDC) bedeutende Summen in Unternehmen investiert, die in den Sektoren fossile Energien

und Atomenergie tätig sind. (...) „Divestment bedeutet, dass öffentliche Institutionen ihre Investitionspolitik für die ihnen anvertrauten Gelder überdenken, mit dem Ziel, sie nachhaltig anzulegen. Es ist höchste Zeit, dass öffentliche Investoren aus fossilen Energien und anderen Dinosaurier-Technologien de-investieren“, erläutert Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg.

Bei der anschließenden Unterredung mit Minister Schneider erklärte dieser, die Regierung werde eine Diskussion darüber führen, in welche Sektoren die Gelder des Fonds de Compensation in Zukunft investiert werden sollen, damit die generelle Kohärenz zwischen der Investitionspolitik des FDC und der Regierungspolitiken, z.B. in den Bereichen Klimaschutz und Entwicklung, gewährleistet werden kann. Außerdem werde die zuständige Parlamentskommission in ihrer nächsten Sitzung über dieses Thema beraten.

Anders investieren

Anstatt dazu beizutragen, durch Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-konzerne den Klimawandel indirekt mit zu befeuern, sollten öffentliche Institutionen den Übergang zu einer nachhaltigen, gerechten und auf erneuerbaren Energien aufgebauten



Für die Regierungs-Dinosaurier: Kohlenstoffballons und Divestplakate.

Wirtschaft unterstützen. Bereits in der Vergangenheit haben öffentliche Institutionen, um einen politischen Wandel zu unterstützen, Investitionen zurückgezogen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Tabakindustrie und der Apartheidpolitik.

Was für öffentliche Institutionen gilt, gilt natürlich auch für private Anleger. Für Albert Kalmes, Mitgründer der Energiegenossenschaft Transition Minett EnerCoop gilt es insbesondere, eine Energiewende in Bürgerhänden hier und jetzt in die Realität umzusetzen. „Jeder kann in unsere Genossenschaft eintreten und sich am Aufbau einer 100% grünen, bürgernahen und lokalen Energieversorgung beteiligen. Ein erstes Projekt gibt es bereits in Esch und weitere werden folgen.“

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss in Luxemburg endlich zu einer Priorität werden. Obwohl beträchtliche Potenziale insbesondere im Bereich der Solarenergie und der Windenergie existieren, wurden im Jahr 2013 nur ca. 0,7% des luxemburgischen Primärenergieverbrauchs aus Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie erzeugt. Luxemburg bildet in Punkto erneuerbare Energien zusammen mit Japan und Korea das Schlusslicht der Länder, die in der Internationalen Energieagentur vertreten sind. (...)

www.votumklima.lu

CITIZEN

Der Gipfel der Empörung.
Die Griechen verbrennen
die Sinnbilder
europäischen Union.



FOTO: HTTP://WHOS-SAVING-WHOM.ORG

DIE EU GEHÖRT DER TROIKA

„Wer rettet wen?“

Nicolas Wildschutz

Ein Filmemacherduo aus Hamburg zeigt mit seinem Film „Wer rettet wen?“ die europäische Schuldenfrage in neuem Licht. Das Werk feierte am 11. Februar in 150 verschiedenen Kinos Premiere.

„Wer findet, dass der griechische Staat einen Schuldenerlass erhalten sollte?“ Zuerst heben sich zaghaft einige Hände, bis zuletzt ungefähr der halbe Kinosaal seine Zustimmung bekundet. „Ein Ausnahmepublikum“, so einer der Veranstalter des Abends. In der Tat wird das Problem der Griechen europaweit von den meisten Menschen als selbstverschuldet angesehen. Die Rückzahlung der Darlehen wird gefordert. Dass diese Sicht der Dinge wohl kaum der Realität entspricht, wollen Leslie Franke und Herdolor Lorenz mit ihrem neuesten Dokumentarfilm „Wer rettet wen?“ zeigen. Als derselbe Veranstalter am Ende der Ausstrahlung die Frage wiederholt, ist niemand mehr da, der einfach die Griechen für die Schuldigen hält.

Der Film zeigt die bittere Realität. Ungefähr 240 Milliarden Euro hat Griechenland mittlerweile in Form von Hilfspaketen der europäischen Union erhalten. In den Geberländern der EU sehen die Leute vor allem, dass ihr Geld in den Süden gebracht wird und nie wieder auftaucht. Doch was genau passierte mit dem Geld, das Griechenland vorläufig retten

sollte? Die Antwort ist bekannt: Es wurden die griechischen Banken mit ihm vor dem Bankrott gerettet. Die Begründung dafür war deren Systemrelevanz. Dass sich die Banken dieses Dilemma selbst eingebrockt haben und dass nun das Volk, welches keine Schuld trifft, leiden muss, wird gerne ausgeblendet.

Lucas Papademos, seinerzeit Vorsitzender der griechischen Zentralbank, hatte mitgeholfen, Griechenlands Schulden zu vertuschen, um den Eintritt des Landes in die Eurozone zu ermöglichen. Er ist also einer der großen Mitschuldigen an der Krise. Nach seinem Rückzug in das europäische Finanzwesen als Vizepräsident der europäischen Zentralbank, wurde er 2011, völlig unlegitimiert, von der Troika als Retter Griechenlands an die Spitze des Landes gesetzt.

Das griechische Volk badet unterdessen die Austeritätspolitik aus. Vor allem die Jugend leidet. Die öffentliche Universität in Athen muss Budgetkürzungen von 70% hinnehmen und ist nicht mehr funktionstüchtig. „Wenn man die Jugend nicht mehr verwerten möchte, braucht man sie auch nicht auszubilden“, empört sich ein Professor der Universität. Die Jugendarbeitslosigkeit war bis zu Alexis Tsipras Machtübernahme auf fast 60% angestiegen.

Und wie geht es mittlerweile den Banken? Die EU hat ihre Anleihen

über dem Marktwert aufgekauft, obwohl die Banken sich die Fehlkäufe selbst zuzuschreiben haben. Interessanterweise hatten französische, englische und deutsche Banken und Versicherungen ungeheure Summen Geld in das griechische Finanzwesen investiert. Indirekt kamen diese Hilfspakete also auch ihnen zugute und ersparten ihnen große Verluste.

Auch Spanien ist einer der großen Verlierer der Eurokrise. Auf der iberischen Halbinsel war die Immobilienblase geplatzt nachdem die Banken mittels Kreditversicherungen quasi unbegrenzt Kredite gewährt und in Immobilien investiert hatten, von denen sie eigentlich wussten, dass sie keinen Profit abwerfen würden. Massenhaft werden nun Wohnungen zwangsgeräumt, um den Gläubigern ihr Geld zurückzuzahlen, und tausende Familien landen auf der Straße. Auch die Sozialwohnungen werden verkauft, nämlich an Goldman Sachs, eine der größten Investmentbanken weltweit. Sie hat seit dem Anfang der Krise 10 Milliarden Dollar alleine an den griechischen Banken verdient. Ihr ehemaliger europäischer Vize-Chef Mario Draghi ist jetzt Vorsitzender der europäischen Zentralbank.

Die Situation ist verzweifelt. Der Film zeigt allerdings, dass es auch anders geht, und nennt zwei Fälle, in denen die Krise auf andere Art gelöst wurde. In Island geschah es durch eine Umverteilung der Gelder.

Eine Reichensteuer wurde eingeführt, und eine Untersuchungskommission machte die Schuldigen in den Vorstandsräten der Banken ausfindig und brachte sie vor Gericht. Die Rettungsmaßnahmen für die Banken wurden hier auf das absolut Notwendige begrenzt. Im Ecuador wurde ein so genanntes „Audit“ durchgeführt, also eine genaue Untersuchung der Finanzen, um die Schuldigen zu finden. Die Banken, deren Schuld bewiesen wurde, müssen hier nun ihre Verantwortung tragen.

Die Finanzkrise und der Film der beiden Hamburger haben eines bewiesen: Viele Banken haben zu viel Macht und vor allem genießen sie eine juristische Quasi-Immunität, die aus ihnen gefährliche Gegner der Demokratie und des europäischen Sozialmodells machen.

„Wir sind mittendrin und somit auch betroffen. Ich hoffe, dass der Film die Menschen zum Nachdenken anregen wird“, so Adrienne Jopa, die mit Unterstützung von Max Hilbert und Alex Hornung die luxemburgische Premiere des Films in der Kulturfabrik in Esch veranstaltete. Am 9. März um 20h30 wird der Film mit französischen Untertiteln in der Cinéma-thèque Luxembourg gezeigt.